

derung der Parteien bei: Aus zunächst bürgerlich-demokratischen wurden kleinbürgerlich-demokratische Parteien und schließlich demokratische Parteien sozialistischer Werktätiger.

Bereits vor der Konstituierung der DDR war die personelle, inhaltlich-konzeptionelle und politische Führung von Staat und Gesellschaft durch die Arbeiterklasse und ihre Partei von den 1948 gegründeten Parteien DBD und NDPD anerkannt worden. In der CDU und LDPD hingegen war diese Frage und damit die Entscheidung für die sozialistische Perspektive Kernpunkt langwieriger Auseinandersetzungen zwischen progressiven und reaktionären Kräften in den Führungsgremien. Die Inangriffnahme der sozialistischen Gesellschaftsgestaltung förderte den Klärungsprozeß über die Perspektive, half den progressiven Kräften dieser Parteien, reaktionäre Politiker zurückzudrängen, und festigte die Zusammenarbeit zwischen der SED und den anderen Parteien des Demokratischen Blocks. Mit der Zustimmung aller Parteien zu den Beschlüssen der 2. Parteikonferenz der SED vom Juli 1952 über den systematischen und planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus wurde die Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei von allen politisch organisierten Kräften anerkannt.

Die Kontinuität im Hinüberwachsen der revolutionär-demokratischen Staatsmacht zur Staatsmacht der Diktatur des Proletariats zeigte sich insbesondere auch in der Einheit von Zentralismus und Demokratie, wobei qualitative Wandlungen unübersehbar sind. Schon das Tätigwerden des revolutionär-demokratischen Staates als Hauptinstrument war ganz wesentlich davon abhängig, wie von Anfang an der demokratische Zentralismus in spezifischen, den damaligen historischen Bedingungen gemäßen Formen im staatlichen Bereich realisiert und damit das einheitliche Wirken der antifaschistisch-demokratischen Staatsorgane gefördert und gewährleistet wurde.

Ab 1945 wurde in sehr schneller Folge zunächst die Staatsmacht in den Dörfern, Kreisen und Städten, dann in den Ländern und Provinzen sowie auf zentraler Ebene in Form von Zentralverwaltungen (ab Juli 1945) aufgebaut. Dem folgten 1947 die Gründung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) und schließlich 1949 die Schaffung einer obersten Volksvertretung und einer Regierung der DDR. Ab Sommer 1945 vollzogen sich so Aufbau und Wirken der Staatsmacht ständig sowohl von unten nach oben als auch von oben nach unten. In enger Verbindung mit den territorialen Machtausübungs- und Rechtsetzungskompetenzen der Landes- und Provinzialverwaltungen, später der Landtage und Landesregierungen wirkten die Zentralverwaltungen unter Leitung und Kontrolle der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) als zentrale Staatsorgane anleitend, koordinierend und vereinheitlichend im staatlichen Machtmechanismus. Mit der Gründung der DDR wurde der Prozeß des Aufbaus, der Entwicklung und des Tätigwerdens der Staatsmacht nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus fortgesetzt und erhielt durch die Bildung weiterer zentraler Staatsorgane, vor allem der Volkskammer und der Regierung, eine neue Qualität, die mit der Neuregelung der politisch-administrativen